

---

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Franken.  
Eindrucksgebühr per Zeile 15 Rp. — Inserate sind franko an die Expedition einzusenden.  
Druck und Expedition der Stämpfischen Buchdruckerei in Bern.

---

## Bundesrathsbeschluss

betreffend

die Konzession für die aargauische Südbahn und Eisenbahn Brugg  
(linkes Aarufer) bis an die Kantonsgrenze bei Waldshut.

(Vom 18. Dezember 1871.)

Der schweizerische Bundesrath,  
nach Einsicht

der vom Großen Rathe des Kantons Aargau unterm 30. November 1871 dem Komite der aargauischen Südbahn zuhanden einer zu bildenden Gesellschaft ertheilten Konzessionen für den Bau und Betrieb

- a) einer Eisenbahn von Aarau über Hunzenschwyl, Wohlen, Muri nach Cham oder Immenjee, mit Abzweigung nach Brugg, und
- b) einer Eisenbahn Brugg (linkes Aarufer) an die Kantonsgrenze gegen Waldshut;

in Anwendung der dem Bundesrathe durch Bundesbeschluss vom 5. Dezember 1871 ertheilten Vollmacht,

b e s c h l i e s s t :

Es wird den obgenannten Konzessionen unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung des Bundes ertheilt.

Art. 1. In Anwendung von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesetzes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einflusse des Unter-

nehmens auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betriebe befindliche Wegstrecke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die Bahnunternehmung nicht mehr als 4 % nach erfolgtem Abzuge der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die hier konzessionirten Eisenbahnen sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 17., 32., 47., 62., 77. und 86. Jahres, vom Tage dieses Beschlusses an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum voraus hievon benachrichtigt hat.

Von diesem Rückkaufsrecht darf jedoch nur Gebrauch gemacht werden, falls die ganze Südbahn in den Kantonen Aargau, Zug, Luzern und Schwyz der Gesellschaft abgenommen wird.

Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die letztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesetzt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter wählt und von den letztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreivorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorges schlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichts.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

- a. Im Falle des Rückkaufes im 17., 32. und 47. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen zehn Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rückkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rückkaufes im 62. Jahre der 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub>fache; im Falle des Rückkaufes im 77. Jahre der 20fache, und im Falle des Rückkaufes im 86. Jahre der 18fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher bei dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.

- b. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rückkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rückkauffumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von 12 Monaten, vom Tage dieses Beschlusses an gerechnet, ist der Anfang mit den Erarbeiten für die Erstellung beider Bahnen zu machen und zugleich genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung der Bahnunternehmungen zu leisten, in der Meinung, daß widrigensfalls nach Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegenden Konzessionen erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesetzgebung über den Bau und Betrieb der schweizerischen Eisenbahnen genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der gegenwärtigen Konzession in keinerlei Weise Eintrag geschehen.

Art. 5. Durch diesen Beschluß tritt der Bundesbeschluß vom 23. Dezember 1869, betreffend die Erstellung einer aargauischen Südbahn, außer Kraft.

Bern, den 18. Dezember 1871.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,  
Der Bundespräsident:

**Schenk.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

**Schöpf.**



**Bundesrathsbeschluß betreffend die Konzession für die aargauische Südbahn und Eisenbahn Brugg (linkes Aarufer) bis an die Kantonsgrenze bei Waldshut. (Vom 18. Dezember 1871.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1872
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	01
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.01.1872
Date	
Data	
Seite	1-3
Page	
Pagina	
Ref. No	10 007 126

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.